

Staatliche Willkür

Opfer der Berufsverbote protestieren heute in Berlin gegen ihnen zugefügtes Unrecht. Gespräche mit Linksfraktion und Grünen im Bundestag. Kanzlerin hat keine Zeit. **Von Markus Bernhardt**

Das dunkle Kapitel der Kommunistenverfolgung in der BRD ist noch immer nicht abgeschlossen. Während etablierte Politik und Medien heutzutage mittels »Extremismuskonzeption« versuchen, Neonazis und ihre entschiedensten Gegner – nämlich Antifaschisten und Linke aller Couleur – gleichzusetzen, ist den Tausenden Opfern der vom SPD-Politiker und früheren Bundeskanzler Willy Brandt eingeführten staatlichen Berufsverbotspraxis bis heute keine Gerechtigkeit widerfahren. Unter dem Vorsitz Brandts hatte die Ministerpräsidentenkonferenz am 28. Januar 1972 den sogenannten Radikalenerlaß beschlossen, um dafür zu sorgen, daß angebliche Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten werden.

Insgesamt etwa 3,5 Millionen Bewerber für den öffentlichen Dienst wurden in den vergangenen 40 Jahren vom Verfassungsschutz durchleuchtet. Es kam insgesamt zu rund 11 000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen. Vor allem Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), aber auch Aktivisten der Friedens- und Ökologiebewegung sowie Gewerkschafter fielen der antikommunistischen Gesinnungsschnüffelei zum Opfer. Die Betroffenen wurden bis heute nicht rehabilitiert, geschweige denn für das ihnen zuteil gewordene Unrecht entschädigt.

Um auf letzteres aufmerksam zu machen, wird eine Delegation von Berufsverbotsopfern am heutigen Donnerstag versuchen, der in Berlin tagenden Ministerpräsidentenkonferenz eine Protestnote zu überreichen. In der fordern über 250 Opfer des »Radikalenerlasses« ihre Rehabilitierung. Außerdem ist zwischen 15 und 16 Uhr eine Kundgebung vor dem Kanzleramt



Protest gegen den »Radikalenerlaß« (1975)

geplant. Dort soll versucht werden, die gesammelten Unterschriften zur Aufhebung der Berufsverbote zu übergeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht sich allerdings nicht in der Lage, die Aktivisten zu empfangen, wie Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) der Initiative bereits im Vorfeld mitteilte.

Gesprächsbereit geben sich hingegen die Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und Linke. Diese haben Vertreter der Initiative zu politischen Gesprächen in den Bundestag eingeladen. Zu Beginn der Zusammenkunft mit der Linksfraktion ist außerdem die Übergabe einer Petition der Initiativegruppe an die Petitionsausschussvorsitzende Kersten Steinke (Linke) ge-

plant. »Mit dem Kampfbegriff der »Verfassungsfeindlichkeit« wurden mißliebige und systemkritische Organisationen und Personen an den Rand der Legalität gerückt und in der Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit behindert«, erinnerte Klaus Lipps, Mitglied der »Initiativegruppe 40 Jahre Radikalenerlaß« und selbst Berufsverbotsopfer, am Mittwoch gegenüber *junge Welt*. Es gelte daher, dafür Sorge zu tragen, daß das Thema in der öffentlichen Diskussion bleibt. Betroffene der antikommunistischen Willkürmaßnahmen rief der Pädagoge dazu auf, »Einsicht in die bei den Behörden über sie gespeicherten Daten, die bekanntlich in

fast allen Fällen die Grundlage für die Berufsverbotsmaßnahmen bildeten, zu verlangen«.

◆ Klaus Lipps wird heute Abend in der jW-Ladengalerie (Torstraße 6 in Berlin-Mitte) zugegen sein, wenn dort ab 19.30 Uhr eine polihistorische Revue unter dem Motto »40 Jahre Radikalenerlaß – ein abgeschlossenes Kapitel im »Land der Freiheit?« stattfindet. Dabei werden mehrere Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus acht Bundesländern über die ihnen zugefügten staatlichen Willkürmaßnahmen berichten, darunter auch Silvia Gingold, Tochter der antifaschistischen Widerstandskämpfer Peter und Etti Gingold.

DOKUMENTIERT Aufarbeiten und rehabilitieren

◆ jW dokumentiert Auszüge einer Erklärung der »Initiativegruppe 40 Jahre »Radikalenerlaß«, die mittlerweile von über 250 Personen unterzeichnet wurde:

(...) Vor 40 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloß die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlaß. Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten »Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten«, aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. (...) Der »Radikalenerlaß« führte zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, in der Briefzustellung, als Lokführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben. Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche »Radikale« das politische Klima. (...)

Erst Ende der 80er Jahre zogen sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten »Irrtum« und schafften die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern ab. (...) Heute gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das eine Diskriminierung wegen politischer Überzeugungen verbietet. Damit wurde eine entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt. Doch ein öffentliches Eingeständnis, daß der »Radikalenerlaß« Unrecht war, unterblieb. (...) Wir als damalige Betroffene des »Radikalenerlasses« fordern von den Verantwortlichen in Verwaltung und Justiz, in Bund und Ländern unsere vollständige Rehabilitierung. Die Bespitzelung kritischer politischer Opposition muß ein Ende haben. Wir fordern die Herausgabe und Vernichtung der »Verfassungsschutz«-Akten, die Aufhebung der diskriminierenden Urteile und eine materielle Entschädigung der Betroffenen.

◆ www.berufsverbote.de

»Wir machen das Unrecht weiter zum Thema«

Linke im Bundestag fordert Rehabilitierung von Opfern des 1972 ergangenen »Radikalenerlasses«. Ein Gespräch mit Karin Binder

Die Initiativegruppe »40 Jahre Radikalenerlaß« wird an diesem Donnerstag mit einigen Abgeordneten Ihrer Fraktion zu einem Gespräch in Berlin zusammenkommen und mit diesen über Möglichkeiten ihrer Rehabilitierung diskutieren. Warum ist eine gesellschaftspolitische Diskussion über den vor mittlerweile mehr als vier Jahrzehnten beschlossenen »Radikalenerlaß« heute überhaupt noch notwendig?

Tausende Menschen sind in der Bundesrepublik Opfer des sogenannten Radikalenerlasses geworden. Die staatliche Repression traf nicht nur die in unserer Gesellschaft oft geschmähten Kommunisten, sie traf auch linke Gewerkschafter, Antifaschisten, Pazifisten und auch einige linke Sozialdemokraten. Dies ging für die Betroffenen in der Regel mit einer weitgehenden gesellschaftlichen Ächtung einher.



Karin Binder ist eine der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen der Linksfraktion im Bundestag

Etlliche, die damals mittels Berufsverbot kaltgestellt wurden, waren übrigens im Widerstand gegen den deutschen Faschismus aktiv. Oder sie stammten wie etwa Silvia Gingold, Tochter der antifaschistischen Widerstandskämpfer und engagierten Kommunisten Etti und Peter Gingold, aus traditionsreichen kommunistischen Elternhäusern.

Man muß sich die Familiengeschichte der Gingolds mal vor Augen halten.

Die jüdischen Großeltern von Silvia Gingold mußten vor den Nazis fliehen. Die Eltern riskierten im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben. Eine Schwester und ein Bruder Peter Gingolds wurden in den Gaskammern von Auschwitz ermordet. Und Silvia Gingold wird allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vom hessischen Verwaltungsgerichtshof zur »Verfassungsfeindin« gestempelt und letztendlich mit Berufsverbot belegt.

Das vielfache Unrecht, das politischen Menschen wie der Familie Gingold zugefügt wurde, muß endlich beendet werden. Eine Wiedergutmachung muß zumindest versucht werden. Deshalb ist diese Debatte dringend notwendig und noch immer hochaktuell. Das belegt nicht nur dieser Fall.

Haben Sie auch aktuelle Beispiele staatlicher Verfolgung?

Leider schon. Ich will auf den Fall des Heidelberger Realschullehrers

Michael Cszakóczy verweisen, den die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen im Jahr 2004 aufgrund seines antifaschistischen Engagements mit Berufsverbot belegten. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst von den Gerichten endgültig aufgehoben, so daß er nunmehr auch tatsächlich unterrichten kann.

Wie macht sich Ihre Fraktion für die Opfer von Berufsverboten und staatlicher Kriminalisierung stark?

Die Linke war schon immer ein verlässlicher Ansprechpartner für die Betroffenen. Wir haben in der Vergangenheit Anträge im Bundestag eingebracht, um den Staat und unsere Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen, sich für das begangene staatliche Unrecht zu entschuldigen und die Opfer zu rehabilitieren wie auch finanziell zu entschädigen. Neben einer juristischen Aufarbeitung dieser antikommunistischen Hetze darf auch nicht vergessen werden, welche gesellschaftspolitischen

Auswirkungen der »Radikalenerlaß« in Westdeutschland hatte. Während die politische Rechte Karriere machte – bis weit hinein in den öffentlichen Dienst, Polizei, Politik, Medien und Ministerien – wurde fortschrittliches, antifaschistisches, soziales, linkes Gedankengut ausgesperrt. Dieser Zustand trägt seinen Anteil an vielen Problemen unserer Gesellschaft. Wenn ich etwa an das Vorgehen der Behörden in Sachen »NSU« und neofaschistischen Terrorismus denke. Ein derart ausgeprägtes Verharmlosen der rechtsextremistischen Szene mit der entsprechenden Tatenlosigkeit und dadurch geleisteten Unterstützung wäre in den letzten Jahrzehnten kaum möglich gewesen, wenn es mehr Linke und kritische Beschäftigte im Staatsdienst und in den wichtigen Institutionen gegeben hätte. Wir werden das begangene staatliche Unrecht daher immer wieder zum Thema machen – auch im Bundestag.

Interview: Markus Bernhardt